

2. Fachgespräch: Vielfalt und Teilhabe in der Migrationsgesellschaft

BV NeMO diskutiert mit Landespolitiker*innen und Integrationsbeauftragten über Partizipation der Migrant*innen und „Radical Diversity oder Radikale Vielfalt“ als Staatsziel vor der Bundestagswahl 2021

Radical Diversity, Partizipation & der politische Wille zur Umsetzung

Prof. Dr. Gudrun Perko/Leah Carola Czollek, 2021

Radical Diversity

Radical Diversity ist ein Begriff aus dem Konzept „Social Justice und Diversity“ und bezeichnet eine konkrete Utopie einer Gesellschaft, in der Strukturelle Diskriminierung – also die Verwobenheit von individueller, institutioneller (inkl. rechtlicher), kultureller Diskriminierungspraxen – zugunsten der radikalen Verschiedenheit und Gleichheit von Menschen überwunden ist, also eine de facto plurale Demokratie:

- ohne Diskriminierung von Menschen aufgrund bestimmter Diversitätskategorien,
- eine inklusive und partizipative und für alle Menschen offenen Gesellschaft,
- in der Social Justice (als Anerkennungs-, Verteilungs-, Befähigungs- & Verwirklichungsgerechtigkeit) gesellschaftlich realisiert wäre.

(Vgl. Czollek/Perko/Kaszner/Czollek 2019)

Konkrete Utopie: Radical Diversity

Ein Denken in Utopien dient dazu, Alternativen zu entwerfen und zu realisieren. Konkrete Utopien sind kein abstraktes Ziel, sondern können von Menschen realisiert werden.

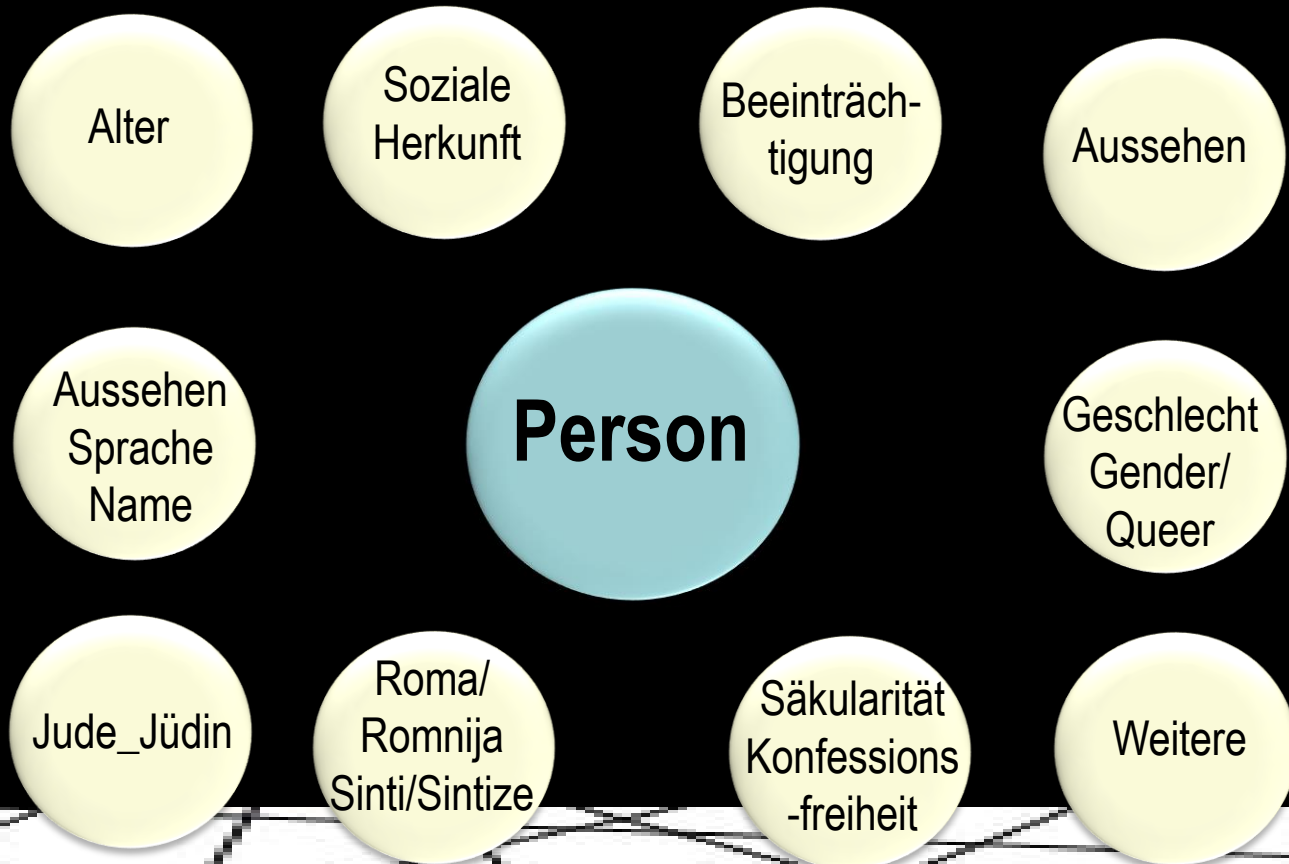
(Ernst Bloch: Das Prinzip Hoffnung 1985; Geist der Utopie 1985)

Radical Diversity

- bedeutet eine kritische Praxis, der es um die Veränderung homogener öffentlich-politischer Räume, Institutionen, kultureller Praxen und Diskurse hin zu einem Mainstream der radikalen Verschiedenheit & Vielfalt geht.
- bedeutet, auf eine inklusive & partizipative Gesellschaft hinzuarbeiten, in der keine Diskriminierung stattfindet.

(Vgl. Czollek/Perko/Kaszner/Czollek 2019)

Diskriminierung und Diversitykategorien





Diskriminierung ist kein beliebiger Begriff

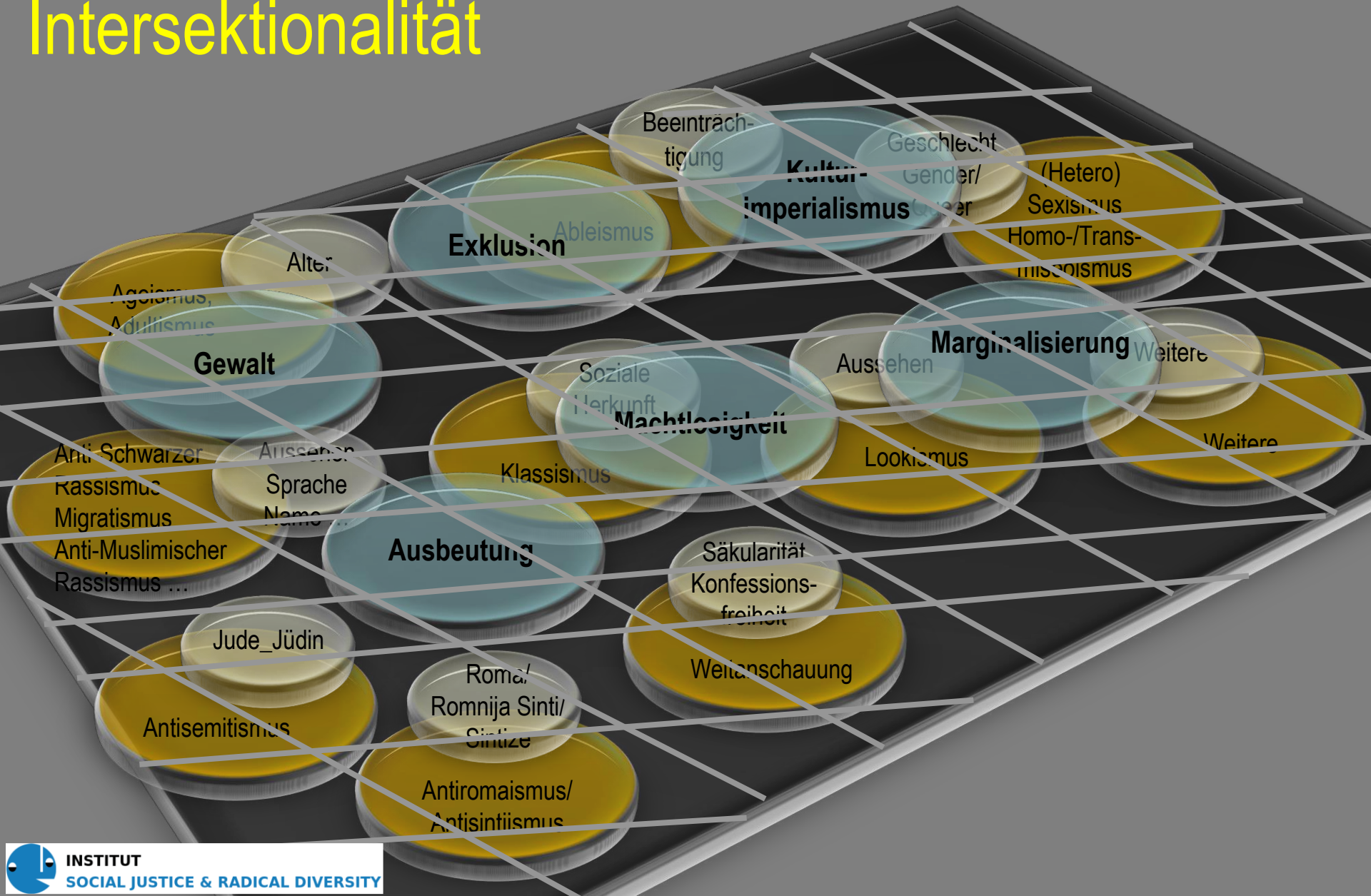
Strukturelle Diskriminierung ist in Macht- & Herrschaftsverhältnissen eingebettet und basiert auf folgenden **Charakteristika:**

- der Anwendung von Gewalt,
- der Erzeugung von Machtlosigkeit,
- der Durchsetzung hegemonialer Kulturvorstellungen,
- Praxen von Ausbeutung und Marginalisierung und
- Prozessen der Exklusion.

(Czollek/Perko/Kaszner/Czollek 2019: S. 25 f.)

Diskriminierungs-
matrix und Systemische
Intersektionalität

Diskriminierungsmatrix & Systemische Intersektionalität



Teilhabe und Partizipation

„Der Übergang zwischen Teilhabe und Partizipation ist graduell und verweist darauf, dass Menschen an etwas teilhaben können, das bereits gestaltet ist, und/oder partizipieren können, indem sie Gesellschaft selbst aktiv mitgestalten und mitbestimmen. Wesentlich ist dabei der Aspekt der Freiwilligkeit: Es geht um die Möglichkeit der Teilhabe und der Partizipation, nicht um den Zwang dazu.“

(Czollek/Perko/Kaszner/Czollek 2019: S. 24)

Was gibt es zugunsten der Umsetzung?

Migrant*innenselbst-
organisationen
NeMO
Einzelpersonen

Gesetz zur Regelung
von Partizipation &
Integration,
z.B. in Berlin (2010)

Grundgesetz, Artikel 3

- (1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
- (2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
- (3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner [R.], seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Bereitschaft ist gegeben,
ihr Wissen,
ihre Kompetenzen ...
zur Verfügung zu stellen.

§ 1 Ziele und Grundsätze des Gesetzes

(1) Das Land Berlin setzt sich zum Ziel, Menschen mit Migrationshintergrund die Möglichkeit zur gleichberechtigten Teilhabe in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu geben und gleichzeitig jede Benachteiligung und Bevorzugung gemäß des Grundgesetzes auszuschließen.

Was gibt es zugunsten der Umsetzung?

Migrant*innenselbst-
organisationen
NeMO
Einzelpersonen

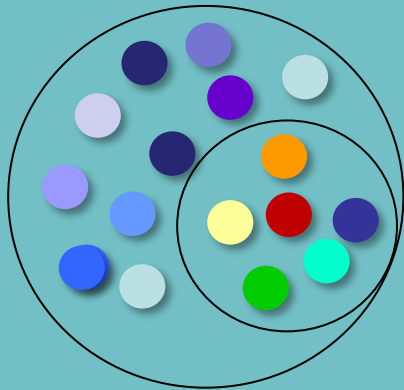
Gesetz zur Regelung
von Partizipation &
Integration,
z.B. in Berlin (2010)

Bereitschaft ist gegeben,
ihr Wissen,
ihre Kompetenzen ...
zur Verfügung zu stellen.

§ 1 Ziele und Grundsätze des Gesetzes

(2) Integration ist ein gesamtgesellschaftlicher Prozess, dessen Gelingen von der Mitwirkung aller Bürgerinnen und Bürger abhängt. Erfolgreiche Integration setzt sowohl das Angebot an die Bevölkerung mit Migrationshintergrund zur Beteiligung als auch den Willen und das Engagement der Menschen mit Migrationshintergrund zur Integration voraus. Art und Umfang der Partizipationsmöglichkeiten und der Integrationsförderung richten sich nach dem rechtlichen Status und dem Bedarf der Menschen mit Migrationshintergrund.

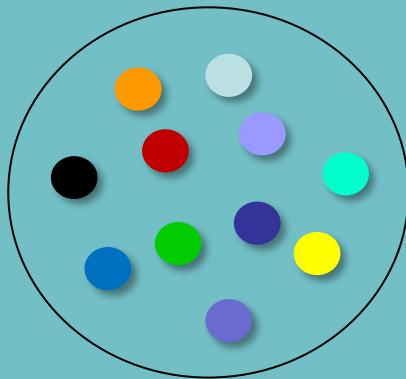
Was braucht es, um einen Strukturwandel herbeizuführen?



Integration

Kritische Betrachtung des Gesetzes zur Regelung von Partizipation & Integration

Migrant*innen sollen sich als „die Anderen“ in eine homogen vorgestellte Gesellschaft integrieren.



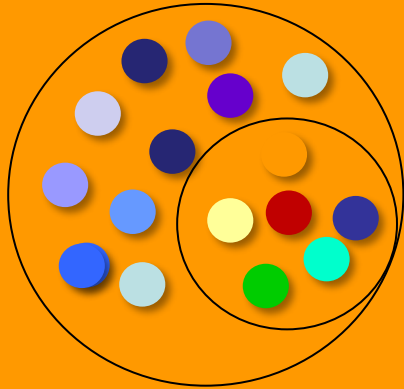
Inklusion/
Partizipation

Realisierung der konkreten Utopie: Die Gesellschaft ist eine plurale. Migrant*innen sind inkludiert & partizipieren wie alle anderen Menschen auch.

§ 1 Ziele und Grundsätze des Gesetzes

(2) **Integration** ist ein gesamtgesellschaftlicher Prozess, dessen Gelingen von der Mitwirkung aller Bürgerinnen und Bürger abhängt. Erfolgreiche Integration setzt sowohl das Angebot an die Bevölkerung mit Migrationshintergrund zur Beteiligung als auch den Willen und das Engagement der Menschen mit Migrationshintergrund zur Integration voraus. Art und Umfang der **Partizipationsmöglichkeiten** und der Integrationsförderung richten sich nach dem rechtlichen Status und dem Bedarf der Menschen mit Migrationshintergrund.

Was braucht es, um einen Strukturwandel herbeizuführen?



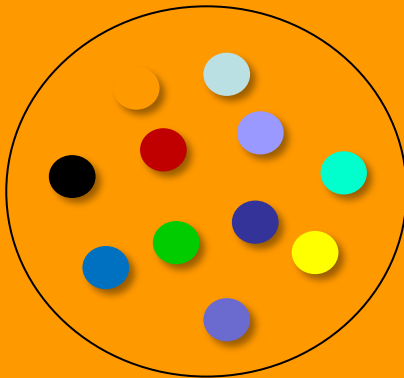
Integration

Betrachtung des Gesetzes zur

Novellierung: Berliner Gesetz zur Förderung der Partizipation in der Migrationsgesellschaft (PartMigG), verabschiedet am 5. Juli 2021.

Neue Begriffe: Migrationshintergrund *und* Migrationsgeschichte.

Die Zielsetzung liegt darin, die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte und Migrationshintergrund konkret zu fördern: Sowohl in politischen Gremien als auch im öffentlichen Dienst auf Bezirks- und Landesebene.

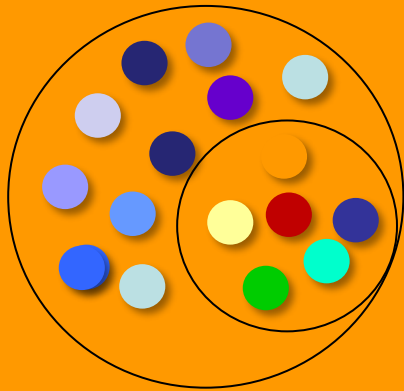


Inklusion/
Partizipation

„Die Hauptziele bleiben nach wie vor für die Novelle des Gesetzes erhalten. Allerdings ändert sich der Weg, denn die Umsetzung nimmt an konkreter Gestaltung zu. Vor allem ändert sich auch die Sprache, die für unseren Alltag und unseren Umgang miteinander maßgeblich ist. Daher wird in der Novelle auch von Migrationsgesellschaft, von Menschen mit Migrationsgeschichte und von migrationsgesellschaftlicher Kompetenz gesprochen.“ (Anna Stahl-Czechowska, Online unter: <https://www.eaf-berlin.de/en/news/partizipationsgesetz-fuer-eine-moderne-verwaltung-und-partizipation-in-der-migrationsgesellschaft/page/54/>)

Realisierung der konkreten Utopie: Die Gesellschaft ist eine plurale. Migrant*innen sind inkludiert & partizipieren wie alle anderen Menschen auch.

Was braucht es, um einen Strukturwandel herbeizuführen?

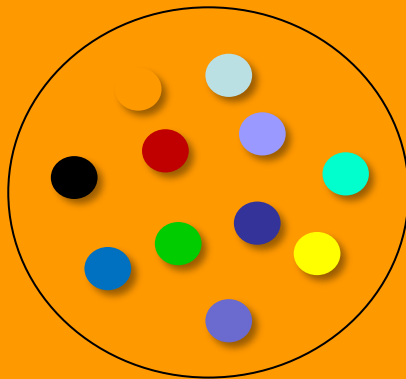


Integration

Betrachtung des Gesetzes zur

Novellierung: Berliner Gesetz zur Förderung der Partizipation in der Migrationsgesellschaft (PartMigG), verabschiedet am 5. Juli 2021.

Neue Begriffe: Migrationshintergrund *und* Migrationsgeschichte.



Inklusion/
Partizipation

Realisierung der konkreten Utopie: Die Gesellschaft ist eine plurale. Migrant*innen sind inkludiert & partizipieren wie alle anderen Menschen auch.

Die wesentlichen Punkte lauten:

- Menschen mit Migrationshintergrund werden bei der Besetzung von Stellen in besonderem Maße berücksichtigt.
- Durch verbindliche Regelungen bei Stellenausschreibungen sollen mehr Menschen mit Migrationsgeschichte gezielt geworben und angesprochen werden.
- Förderpläne und Zielvorgaben für alle öffentlichen Stellen des Landes Berlin für Menschen mit Migrationshintergrund werden eingeführt.
- Die Anzahl der Beschäftigten mit Migrationshintergrund wird auf freiwilliger Basis erhoben.
- Eine neu geschaffene Fachstelle begleitet die fachliche Ausrichtung der Verwaltungen auf die Migrationsgesellschaft.
- In jedem Bezirk wird ein Migrationsbeirat gesetzlich verankert.
- Für die Belange der Roma und Sinti wird ein Beirat eingerichtet.

Was braucht es, um einen Strukturwandel herbeizuführen?

Eine plurale Demokratie, in der die konkrete Utopie Radical Diversity, in der es keinen Rassismus etc. gibt, umgesetzt werden soll, braucht Gesetze, aber

➤ sie müssen von Migrant*innen/Organisationen mitgestaltet werden.

= Partizipation

➤ sie müssen unter Beteiligung von Migrant*innen/Organisationen umgesetzt werden.

= Partizipation

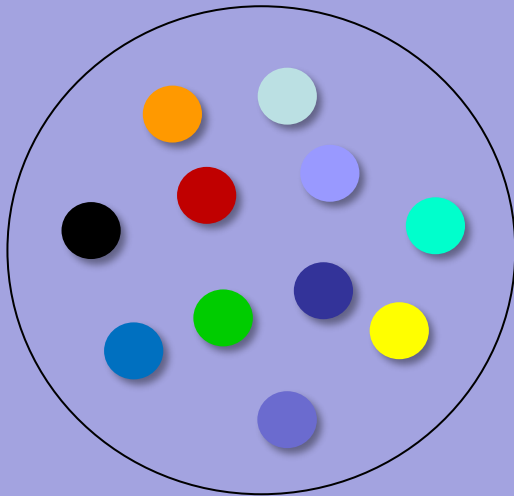
➤ sie müssen unter Beteiligung von Migrant*innen/Organisationen in allen kommunalen Bereichen realisiert werden.

= kommunale
Partizipation

➤ sie müssen unter Beteiligung auch anderer Organisationen/Personen, die gegen Antisemitismus, Antiromaismus etc. arbeiten, realisiert werden.

Was braucht es, um einen Strukturwandel herbeizuführen?

Dafür braucht es verstetigte & ausreichende Ressourcen
(Finanzen, Räume, Mitarbeiter*innen...) &
einen konkreten
kommunaler Plan.



Wo und wie sollen konkret welche Maßnahmen
gegen Rassismus [Anti-Schwarzen Rassismus ...,
Migratismus],
gegen Antisemitismus,
gegen Antiromaismus etc.,
für Inklusion und Partizipation zugunsten einer
pluralen Demokratie
in der nächsten Legislaturperiode und darüber
hinaus im kommunalen Bereich gesetzt werden?

Was braucht es um einen Strukturwandel herbeizuführen?

- Partizipation jener, die von Diskriminierung getroffen sind
- Politischen Willen zur konkreten Umsetzung: keine Worthülsen
- Konkrete Zielsetzung: Radical Diversity

keine Worthülsen
kein step by step

partizipativ
konkret und jetzt
und verstetigt

Ausblick:

Radical Diversity in der pluralen Demokratie

Verteilungsgerechtigkeit

Umverteilung, Gleichverteilung für Alle: ungeachtet von Diversitykategorien, Nützlichkeit, Leistung.

Anerkennungsgerechtigkeit

Inklusion & Partizipation: In allen gesellschaftlichen Feldern wie Politik, Recht, Bildung ...

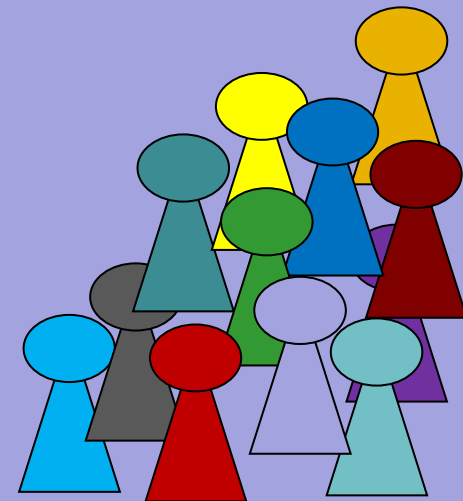
Verwirklichungs- /Befähigungsgerechtigkeit

Alle Menschen können sich verwirklichen.
Institutionen stellen zur Verfügung & befähigen zur Partizipation.

Definition von: Social Justice

Pluralität ist nicht beliebig,

sondern bewegt sich innerhalb eines normativen Referenzrahmens: der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (UN-Menschenrechtscharta; u.a. Freiheit und Gleichheit aller Menschen an Würde und Rechten) und der Gewaltfreiheit.



2. Fachgespräch: Vielfalt und Teilhabe in der Migrationsgesellschaft

BV NeMO diskutiert mit Landespolitiker*innen und Integrationsbeauftragten über Partizipation der Migrant*innen und „Radical Diversity oder Radikale Vielfalt“ als Staatsziel vor der Bundestagswahl 2021

Radical Diversity, Partizipation & der politische Wille zur Umsetzung

Danke fürs Zuhören!

Literatur, u.a.

Czollek, Leah Carola/Perko, Gudrun/Czollek, Max/Kaszner, Corinne: Praxishandbuch: Social Justice und Diversity. Theorie – Methode – Praxis (2. überarbeitete und stark erweiterte Auflage), Weinheim/Basel 2019.

Perko, Gudrun: Social Justice und Radical Diversity. Veränderungs- und Handlungsstrategien, Weinheim/Basel 2020.

Nussbaum, Martha C.: Die Grenzen der Gerechtigkeit, Stuttgart 2010.

Young, Iris Marion: Fünf Formen der Unterdrückung. In: Herta Nagl-Docekal, Herlinde Pauer-Studer (Hg.), Politische Theorie, Differenz und Lebensqualität, Frankfurt/Main 1969.